



HESSISCHER LANDTAG

28. 06. 2022

WKA

Dringlicher Berichtsantrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Nina Heidt-Sommer (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Christoph Degen (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Angelika Löber (SPD)
und Fraktion**

Aufkündigung Zukunftspapier – Streit mit dem Rhön-Konzern beilegen, Perspekti- ven für Beschäftigte schaffen

Die Rhön-Klinikum AG hat die Vereinbarung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) von 2017 gekündigt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind verunsichert. Das sogenannte Zukunftspapier hatte u.a. vorgesehen, dass Investitionen getätigt, keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen und keine Ausgliederungen vorgenommen werden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Aufkündigung des Zukunftspapieres?
2. Was hat die Rhön-Klinikum AG aus Sicht der Landesregierung veranlasst, das Zukunftspapier aufzukündigen und nicht zu verlängern?
3. Welche Sachgründe hat die Rhön-Klinikum AG genannt, das Zukunftspapier aufzukündigen und nicht zu verlängern?
4. Was bedeutet die Aufkündigung bezogen auf die Trennungsrechnung?
5. Die Rhön-Klinikum AG teilt mit, dass die Kündigung ein schwerer Schritt gewesen sei. Wie erklärt die Rhön-Klinikum AG einerseits diese Aussage? Wie bewertet andererseits die Landesregierung diese Aussage?
6. Die Rhön-Klinikum AG teilt mit, dass dieser Schritt für die Gesellschafter und für die Beschäftigten wichtig gewesen sei. Wie erklärt die Rhön-Klinikum AG diese Aussage selbst und wie bewertet die Landesregierung diese Aussage?
7. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Aufkündigung aus Sicht der Landesregierung?
8. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Aufkündigung für die Rhön-Klinikum AG?
9. Welche Konsequenzen hat die Aufkündigung aus Sicht der Landesregierung auf die Investitionsvereinbarungen sowie auf Ausgliederungen und auf betriebsbedingte Kündigungen, die eigentlich ausgeschlossen waren?
10. Inwiefern fühlt sich die Rhön-Klinikum AG an den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen und Ausgliederungen weiterhin gebunden? Ist mit Kündigungen sowie Ausgliederungen zu rechnen? Wenn ja, wann will der Konzern dies umsetzen?
11. Welche Investitionen, die im Zukunftspapier vereinbart waren, wurden getätigt, welche fehlen und bis wann werden diese realisiert sein?
12. Der Betriebsrat und die Beschäftigten fordern verlässliche Rahmenbedingen. Wie will die Rhön-Klinikum AG dieser Forderung gerecht werden?
13. Wie wollen Land und Rhön-Klinikum AG nun weiter verfahren bzw. weiterverhandeln?

14. Inwiefern fühlt sich das Land an die Eckpunkte im LOI gebunden?
15. Inwiefern fühlt sich die Rhön-Klinikum AG an die Eckpunkte im LOI gebunden?
16. Welche Rechtsauffassung hat das Land zu den von der Rhön-Klinikum AG geforderten Investitionsmitteln, die Uniklinika im Allgemeinen zustehen?
17. Ist der Landesregierung bekannt, welche Rechtsauffassung die Rhön-Klinikum AG zu den von ihnen geforderten Investitionsmitteln im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung vertritt?
18. Wie will das Land dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung in Mittelhessen zukünftig sicherzustellen und das UKGM und damit Beschäftigte und Patientinnen und Patienten zu unterstützen?
19. Wie will die Rhön-Klinikum AG zukünftig die Gesundheitsversorgung sicherstellen, Arbeitsbedingungen verbessern und Patientensicherheit gewährleisten?

Wiesbaden, 28. Juni 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Dr. Daniela Sommer
Nina Heidt-Sommer
Ulrike Alex
Christoph Degen
Gernot Grumbach
Angelika Löber